

12. Dezember 2014
Der Vorsitzende

Sehr geehrte Damen und Herren,

Kultusminister Stoch hat seine Eckpunkte für die Weiterentwicklung der Realschulen am Donnerstag, den 20. November 2014, im Rahmen der Jahrestagung der AG Realschulrektoren vorgestellt. Er stand durch unser stetiges Engagement für die Realschule sowie der Übergabe von rund 8.500 Unterschriften für den Erhalt der Schulart durch die AG der Realschulrektoren und dem Förderverein der Realschulen unter massivem Druck. Zudem startete der VBE eine landesweite Aktion, um dieser wichtigen Schulart zum Wohl der Schülerinnen und Schüler eine Zukunft zu geben. Die anhaltend hohen Sitzenbleiberzahlen in den Eingangsklassen taten ein Übriges.

Die Realschulen selbst waren von dem ideologischen Konzept der GMS ohnehin nie wirklich zu überzeugen. Trotz zahlreicher Benachteiligungen, wie bei Lehrerausstattung, Sachkostenbeiträgen, Ganztagesangebot, verzichtete die klare Mehrheit der Realschulen auf die verlockenden Vorteile einer Umwandlung zur GMS – trotz aller Versprechungen der SSÄ und der Stabstelle im KM! So finden sich unter den 209 GMS auch gerade einmal 16 Realschulen – teilweise bereits zuvor in Verbund mit Haupt-/Werkrealschulen. Das heißt also nicht einmal jede 20igste Realschule hat sich auf den vom Kultusminister aufgezeigten Weg gemacht; geschweige denn ein einziges Gymnasium.

Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass der Kultusminister aktuell den Befreiungsschlag versuchte. Sein Realschulkonzept erscheint dabei auf den ersten Blick fast wie ein Plagiat des Bildungskonzepts der CDU-Landtagsfraktion (www.fraktion.cdu-bw.de/themen/bildung.de). Aber eben nur auf den ersten Blick! Der gravierende Unterschied liegt im pädagogischen Konzept:

- *Klassen 5/6:*

Das grün-rote Realschulkonzept setzt ausschließlich auf ein längeres gemeinsames Lernen – quasi auf eine Verlängerung der Grundschule.

Wir meinen: Realschulen müssen vor Ort entscheiden können, ob sie den Unterricht durchgängig oder teilweise leistungsdifferenziert organisieren. Entscheidend hierfür muss die Zusammensetzung der jeweiligen Schülerschaft an der Schule sein. Zudem sollen passgenaue ergänzende Förder- bzw. Unterstützungsangebote für die leistungsstarken bzw. -schwachen Schülerinnen und Schüler von Anfang an gemacht werden können.

- *Übergang nach Klasse 6:*

Das grün-rote Realschulkonzept macht hierzu bislang keine konkreten Aussagen; das Sitzenbleiben in Klasse 5 soll abgeschafft werden.

Wir meinen: Ein Wechsel des angestrebten Abschlussziels soll in den Klassen 5 und 6 jeweils zum Halbjahr möglich sein. Das garantiert echte Durchlässigkeit und soll im engen Dialog von Schule und Elternhaus geschehen. Nach Klasse 6 sollen die Eltern eine Bildungswegeempfehlung erhalten, die den weiteren Bildungsweg zum Hauptschulabschluss, zur Mittleren Reife oder zum Überwechsel auf das Gymnasium empfiehlt. Die Wiederholung der Klasse 5 muss auch künftig an der Realschule möglich sein.

- *Ab Klasse 7:*

Grün-Rot erlaubt nur bis zu maximal zwei Stunden zeitweise leistungsdifferenzierten Unterricht in Deutsch, Mathe und Englisch.

Wir meinen: Das ist eindeutig zu wenig und nimmt der Realschule die Freiheit einer bedarfsgerechten Förderung. Diese Obergrenze ist zu eng bemessen und reglementiert die Arbeit an den Realschulen in unverhältnismäßig starkem Umfang. Auch muss in weiteren Fächern die Möglichkeit eines leistungsdifferenzierten Unterrichts bestehen, den die jeweilige Schule entsprechend des jeweiligen Bedarfs der Schülerinnen und Schüler gestalten können muss. Dabei müssen Angebote für Leistungsstarke wie Leistungsschwache möglich sein; auch der Übergang auf die beruflichen Gymnasien muss weiterhin reibungslos gelingen.

- *Klassen 9/10:*

Das Realschulkonzept sieht für die Klassen 9/10 eine unmittelbare Vorbereitung auf den angestrebten Schulabschluss vor.

Wir meinen: Ein solcher „Paukkurs“ auf die jeweilige Abschlussprüfung hin widerspricht jedem pädagogischem Prinzip von nachhaltigem Lernen. Das Angebot soll lediglich die Versäumnisse der vorherigen Klassenstufen auszugleichen versuchen. Die Realschule braucht auch künftig einen durchgehenden Lernprozess ab Klasse 5, der spätestens ab Klasse 7 gezielt auf einen bestimmten Abschluss hin ausgerichtet ist.

Bewertung

Der Kultusminister versucht mit dem vorgelegten Realschulkonzept die Einführung der GMS zu retten, indem er vordergründig einen Schritt auf die CDU-Landtagsfraktion zu macht. Bei genauerer Betrachtung wird aber rasch erkennbar, dass hier der ungenierte Versuch unternommen wird, den Realschulen ein sehr nahe an der Gemeinschaftsschule liegendes pädagogisches Konzept einzupflanzen. So wird die Realschule zur „GMS light“; allerdings ohne gymnasiales Niveau. Das Schreiben des Kultusministers vom 20. November 2014 an alle Realschulen lässt hier keine Frage offen.

Hinzu kommt, dass für die Realschullehrkräfte ein umfassendes Fortbildungsangebot aufgelegt werden soll – um sie auf Kurs (!) zu bringen. Im Informationsschreiben an die Realschulen heißt es: *„Neue und zusätzliche Fortbildungsangebote werden sicherstellen, dass die Lehrerinnen und Lehrer an den Realschulen gut auf die Herausforderungen vorbereitet sind.“*

Für uns steht fest, dass das grün-rote Konzept für die Realschule keine Abkehr vom pädagogischen Konzept der GMS beinhaltet. Das Kernanliegen ist aber geschickt verpackt: Vordergründig werden klare Zugeständnisse an die Realschulen gemacht; in ihrem Kernbereich will man sie aber weiterhin zur GMS machen. Unter dem Strich steht: Der einzige Unterschied zur GMS ist, dass er in seinem Realschulkonzept auf das Versprechen eines gymnasialen Niveaus verzichtet. Im Ergebnis würde das die Realschule aber gegenüber der Gemeinschaftsschule abwerten, d.h. ohne gymnasiales Niveau wäre sie für die Eltern weniger attraktiv als die GMS.

Auf den ersten Blick scheint das vorliegende Realschulkonzept ein Zugeständnis an die Realschulen zu sein, tatsächlich soll aber die Einführung der Gemeinschaftsschule durch die Hintertür erfolgen. Eine Schule mit dem Türschild „Realschule“, in der aber nur noch wie an einer GMS gearbeitet werden darf, ist keine Realschule mehr.

Der Realschule wird in dem grün-roten Konzept eine eigenständige Perspektive verheißen. Leider bleibt das Konzept aber in einer ideologischen Schulwelt verhaftet; die Realschule erhält keine echte Perspektive. Eine tatsächliche Stärkung der Realschule als eigenständige Schulart würde die Gemeinschaftsschule auf das Abstellgleis bringen. Weshalb sollte sich noch eine Realschule dafür entscheiden Gemeinschaftsschule zu werden, wenn es die originale Realschule weiterhin geben würde?

Untermauert wird diese Einschätzung durch verschiedene Aussagen führender Vertreter der Regierungsfractionen: So wehrte sich der parlamentarische Geschäftsführer der GRÜNEN Ulrich Sckerl nach einem Bericht der Weinheimer Nachrichten vom 1.12.2012 gegen den Vorwurf der Zerschlagung der Realschulen. Von einer „Zerschlagung der Realschulen“ könne nicht die Rede sein, so Sckerl. Sie sollen voll und ganz weiter bestehen, als Teil der Gemeinschaftsschulen. *„Realschulen sind die geborenen Gemeinschaftsschulen. Sie wissen es nur noch nicht.“* Ähnlich äußerte sich auch der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion Dr. Fulst-Blei laut Stuttgarter Zeitung vom 26. Oktober 2012: Man setze auf Freiwilligkeit. Vorübergehend wolle man auch noch die Mehrgliedrigkeit akzeptieren. Doch die Realschulen, die seit der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung noch stärker gefragt seien als bisher, sieht Fulst-Blei *„unter einem ziemlichen Handlungsdruck, sich Richtung Gemeinschaftsschule zu bewegen“*.

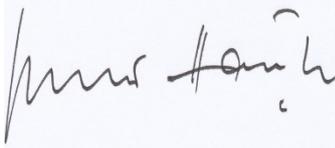
Derzeit besteht mit >Gemeinschaftsschule<, >Realschule< und >Gymnasium< eine neue Dreigliedrigkeit; mit den >Haupt-/Werkrealschulen< gar eine Viergliedrigkeit. Die Gemeinschaftsschule ist mit über 60 Prozent haupt- und werkrealschulempfohlenen Schülerinnen und Schülern an die Stelle der Haupt-/Werkrealschule getreten. Um die Vorgabe des Minis-

terpräsidenten einer Zweisäuligkeit zu erreichen, muss die Gemeinschaftsschule und die Realschule zu einer integrativen Schule zusammengeführt werden.

Ein Schulfrieden zum jetzigen Zeitpunkt wäre verfrüht: Wichtige Bestandteile eines leistungsdifferenzierten Schulwesens fehlen im Realschulkonzept des Kultusministers. Es bestehen stricte Vorgaben, die den Realschulen keine Freiheit für bedarfsgerechte Förderung lassen. Hier besteht zwingender Nachholbedarf, bevor ein Konsens mit dem CDU-Konzept erreicht werden könnte.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Hauk MdL



Georg Wacker MdL

Anlage

Rede des Bildungspolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion Georg Wacker MdL zum Thema „Grün-rotes Konzept schadet den Realschulen!“



15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
113. Sitzung, Mittwoch, 26. November 2014

TOP 2
Grün-rotes Konzept
schadet den Realschulen!

Rede von

Georg Wacker MdL

Bildungspolitischer Sprecher CDU-Landtagsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Was haben Sie 2011 vorgefunden? Eine Realschule mit einem sehr hohen Niveau, eine Realschule, die bei der Wirtschaft eine sehr hohe Akzeptanz hatte – die Absolventen waren als Fachkräfte bei den Unternehmen sehr gefragt –, eine Realschule, die die jungen Menschen in hervorragendem Maß sowohl auf eine duale Ausbildung als auch für den Durchstieg in Richtung allgemeine Hochschulreife vorbereitet hat. Die Realschule war eine aufstiegsorientierte, differenzierte, leistungsstarke Schulart inmitten eines erfolgreichen, differenzierten Bildungssystems, meine Damen und Herren.

Und dann kam Grün-Rot.

Die verbindliche Grundschulempfehlung wurde überhastet abgeschafft. Heute ist die Heterogenität an den Realschulen so hoch wie nie zuvor. Fast 30 % der Schülerinnen und Schüler in den Eingangsklassen haben keine Bildungsempfehlung für die Realschule. Die Sitzenbleiberzahlen haben sich an den Realschulen versechsfacht.

Die Realschulen haben aber sehr rasch reagiert und haben Ihnen, Herr Kultusminister, kurz nach Ihrer Amtsübernahme 8 500 Unterschriften für den Erhalt der Realschulen überreicht. Der Verband Bildung und Erziehung hat diese Aktivität mit einer Aktion für die Realschulen begleitet, und die CDU-Landtagsfraktion hat mit ihrer Kampagne „Pro Realschule“ mit über 70 Veranstaltungen in der gesamten Fläche des Landes den Stellenwert der Realschulen gewürdigt.

Im Auftrag der CDU-Landtagsfraktion wurde in einer Umfrage durch Infratest dimap der hohe Stellenwert der Realschulen bei den Bürgerinnen und Bürgern erhoben. Der Kultusminister hatte jedoch keine andere Idee gehabt, als die Seriosität dieses Meinungsforschungsinstituts infrage zu stellen. Das war sein einziger Kommentar.

Überall dort, wo Bürger tatsächlich gefragt wurden, wurde ein positives Stimmungsbild für das differenzierte Schulwesen bestätigt – in Bad Saulgau, in Hirschberg, in Salem, in Rielasingen. Überall dort, wo Bürgerinnen und Bürger befragt wurden, gab es klare Mehr-

heiten für das differenzierte Schulwesen. Sie aber, Herr Kultusminister, haben trotz dieses positiven Votums der Bürgerinnen und Bürger die Realschule in Salem schließen lassen.

Meine Damen und Herren, die Realschulen stehen weiterhin unter Druck. Die Benachteiligungen sind nach wie vor erkennbar, sowohl in der Lehrerausstattung als auch bei den Sachkosten. In der Lehrerausstattung gibt es nach wie vor eine klare Benachteiligung gegenüber den Gemeinschaftsschulen. Was die Sachkostenbeiträge betrifft, so gibt es ebenfalls eine klare Benachteiligung gegenüber den Gemeinschaftsschulen. Diese klare Benachteiligung gegenüber den Gemeinschaftsschulen besteht auch in Bezug auf den Ganztagschulbau.

Die Realschulen sind trotzdem – zu Recht – von ihrem hervorragenden pädagogischen Konzept überzeugt. 209 Gemeinschaftsschulen sind bislang genehmigt worden. Es hat sich aber nicht einmal jede zwanzigste Realschule im Land für die Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule entschieden.

Meine Damen und Herren, das Fazit lautet: Den Realschulen steht das Wasser bis zum Hals, und, Herr Kultusminister, Ihnen steht bei diesem Thema ebenfalls das Wasser bis zum Hals.

Deswegen haben Sie den Realschulen jetzt einen Rettungsring zugeworfen. Aber eine klare Perspektive für die Realschule zur Aufrechterhaltung des eigenen pädagogischen Profils ist daraus noch nicht erkennbar, meine Damen und Herren.

Die CDU-Landtagsfraktion hat vor einem Jahr ihr Konzept zur Stärkung der Realschule vorgelegt. Wir haben hierzu in der gesamten Fläche des Landes viel Zustimmung erfahren. Die Arbeitsgemeinschaft der Realschulrektoren hat sich 1 : 1 unserem Konzept angeschlossen. Hier kann man nur sagen: Opposition wirkt!

Sie haben die Struktur unseres Konzepts zu bestimmten Teilen übernommen; dennoch machen sich klare Unterschiede bemerkbar. Ich möchte nur einige wesentliche Unterschiede herausarbeiten:

Wir setzen darauf, dass die Schülerinnen und Schüler spätestens ab Jahrgangsstufe 7 einen leistungsbezogenen, differenzierten Unterricht in Deutsch, Mathematik, einer Fremdsprache und Naturwissenschaften erhalten, sodass sie zielgerichtet und leistungsstark entlang ihrer Bedürfnisse optimal auf ihren jeweiligen Abschluss vorbereitet werden können.

Wenn Sie die Pädagogen in unserem Land fragen – dies gilt übrigens zunehmend auch für die Pädagogen an Gemeinschaftsschulen –, wird bei Ihnen die Erkenntnis zunehmen: Je älter die Schülerinnen und Schüler werden, umso mehr wird die Notwendigkeit gesehen, dass leistungshomogene Lerngruppen gebildet werden müssen. Leistungsdifferenzierter Unterricht ist zielführender als integrativer Unterricht in sehr heterogenen Lerngruppen.

Das ist tatsächlich eine Binsenweisheit, meine Damen und Herren, und viele Pädagoginnen und Pädagogen an den Gemeinschaftsschulen vertreten diese Auffassung mittlerweile auch.

Deswegen sagen wir in aller Deutlichkeit: Was Sie den Realschulen mit Ihrem Konzept bieten, ist nur ein Trippelschritt in die richtige Richtung, aber keineswegs mehr. Zwei Stunden pro Hauptfach – und dies nur „zeitweise“ – wie es in Ihrem Schreiben heißt! Sie haben nämlich, Herr Minister, auf der Hauptversammlung der AG Realschulrektoren in der letzten Woche noch etwas anderes gesagt. Wenn man sich aber Ihr Schreiben genau anschaut, erkennt man hier einen sehr feinen, aber deutlichen Unterschied. Sie sprechen in Ihrem Schreiben plötzlich nur noch davon, dass zwei Stunden „zeitweise“ angeboten werden könnten.

Meine Damen und Herren, geben Sie den Realschullehrern die Freiheit, zielorientiert in leistungsdifferenzierten Gruppen – konsequent ab Jahrgangsstufe 7 – unterrichten zu können. Dann stärken Sie die Realschulen tatsächlich. Sie stärken sie nicht mit diesem Konzept, bei dem noch nicht einmal klar ist, in welche Richtung Sie gehen werden.

Herr Minister, Sie befinden sich an einem Scheideweg. Es ist bekannt, dass die Grünen Ihren Weg sehr lange blockiert haben. Deswegen bleiben zwei ganz entscheidende Fragen – ich schaue damit auch Sie an, Kollegin Boser, insofern bin ich auch gespannt darauf, was Sie in der Rede sagen werden –: Gehen Sie mit Ihrem Konzept den Weg, indem Sie die Ge-

meinschaftsschule durch die Hintertür einführen wollen – wie es der grün Koalitionspartner fordert?

Oder wollen Sie tatsächlich den Ausbau der leistungsdifferenzierten Angebote, damit die Schülerinnen und Schüler tatsächliche optimale Voraussetzungen haben?

Herr Minister, Sie müssen sich noch abschließend entscheiden. Sie werden in den nächsten Wochen merken, dass die Rückfragen seitens der Realschulen bei Ihnen eingehen werden. Die kritischen Fragen tauchen jetzt auf! Sie müssten jetzt klare Botschaften signalisieren, indem Sie den Realschulen das geben, was die Realschulen tatsächlich benötigen: Unterrichtsstunden für leistungsdifferenzierte Gruppen und kein Mischmasch, wie das Ihr Konzept im Moment vorsieht, meine Damen und Herren.

Daraus ergibt sich doch eine klare Antwort. Die Diskussion für einen Schulfrieden ist nicht reif, es bleiben zu viele offene Fragen.

Gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode hat unser Fraktionsvorsitzender Ihnen, der Landesregierung, ein Gesprächsangebot unterbreitet. Sie haben nicht einmal darauf reagiert. Es gab ein Schreiben des Landesvorsitzenden der CDU mit einem Angebot, dass wir im Bereich des Themas Ganztagschule zusammenarbeiten können. Sie haben nicht einmal darauf reagiert.

Jetzt, nachdem es eine Umfrage vom SWR gab, die erst vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde, aus der hervorgeht, dass der Zuspruch für eine grün-rote Bildungspolitik im Land bei den Bürgerinnen und Bürgern weiter gesunken ist, nämlich von 38 % im letzten Jahr auf jetzt 26 %, steht Ihnen auch hier das Wasser bis zum Hals. Ich kann nachvollziehen, dass Sie hier gern einen Schulfrieden haben möchten, aber Sie müssten im Grunde erst das bildungspolitische Feld mit den richtigen zielführenden pädagogischen Maßnahmen bereinigen. Aber nicht so. Solange Sie hier nicht die klaren Konzepte auf den Tisch legen, wird es mit uns auch einen sogenannten Schulfrieden nicht geben können.

2. Teil der Plenarrede

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst einmal möchte ich ein weiteres Mal versuchen, mit der Legende aufzuräumen, dass wir als frühere Landesregierung nichts für die Realschulen getan hätten. Ich sage es zum wiederholten Male: Zwischen 2005 und 2011 sind bei zurückgehenden Schülerzahlen 1 300 zusätzliche Deputate für die Realschulen geschaffen worden. Wir begrüßen den Schritt, dass die Realschulen nun 500 zusätzliche Deputate erhalten sollen, aber diese 1.300 Deputate müssen Sie erst einmal toppen, meine Damen und Herren. Also hören Sie doch endlich damit auf, diese falsche Legende hier immer wieder aufzutischen.

Zweitens. Ich kann nur sagen: Nachtigall, ick hör' dir trapsen. Herr Minister, Sie haben Folgendes sehr leise gesagt – und an dieser Stelle entlassen wir Sie nicht aus Ihrer Verantwortung –: Sie wollen die Nicht-Versetzung nach Klasse 5 aussetzen. Was bedeutet das? Wollen Sie ein Jahr vor der Landtagswahl – bereits im Schuljahr 2015 – alle Schülerinnen und Schüler nach der Klasse 5 versetzen? Wollen Sie so kaschieren, dass Schülerinnen und Schüler aufgrund des überhasteten Wegfalls der verbindlichen Grundschulempfehlung Probleme haben; das Klassenziel nicht erreichen?

Das müssten Sie noch einmal konkretisieren!

Sie haben hier vor einigen Monaten gesagt, die Versetzungsordnung stehe für Sie nicht zur Diskussion. Es müsse in bestimmten Fällen auch dazu kommen, dass Schülerinnen und Schüler nicht versetzt werden. Das haben Sie nicht infrage gestellt. Plötzlich kommen Sie hier mit einer anderen Aussage. An dieser Stelle entlassen wir Sie nicht.

Drittens: Um auch das in aller Deutlichkeit zu sagen; der Ministerpräsident betont die Zweisäuligkeit, und auch Sie, Herr Minister, haben die Zweisäuligkeit eben noch einmal dokumentiert.

Ich zitiere aus dem Brief des SPD-Vorsitzenden Nils Schmid an die Vorsitzenden zum Thema Schulfrieden – hier sind die Bedingungen formuliert –:

„Den Realschulen wird auf Grundlage der aktuellen Einigung eine Existenz- und Entwicklungsperspektive gegeben.“

Ist das nicht ein Widerspruch? Hier müssen Sie auch noch einmal klar Schiff machen. Auf der einen Seite reden Sie von der Zweisäuligkeit, aber dieser Aussage zufolge gibt es offensichtlich eine Drei- und Viergliedrigkeit, nämlich mit Gymnasium, Realschule und Gemeinschaftsschule als zukünftiger Restschule.

Wenn Sie also jetzt von Zweisäuligkeit sprechen, dann hat die Realschule bei Ihnen keine Perspektive. Damit entlarven Sie sich an dieser Stelle.

Da kann ich Ihnen sagen, Herr Minister: Wenn Sie den Realschulen in dieser Deutlichkeit sagen, dass die Realschulen aufgrund ihrer Zweisäuligkeit eben keine eigenständige Perspektive haben, dann werden die Realschulen, glaube ich, wiederum zu Recht auf die Barrikaden gehen.